

Für eine klare Begrenzung der Militärausgaben, damit wir handlungsfähig insbesondere für den Umwelt- und Klimaschutz bleiben!

Antragsteller\*in: Philipp Schmagold (KV Plön)  
Tagesordnungspunkt: E Klima & Energie  
Status: Antragsteller\*innen sammeln

## Antragstext

1 Bündnis 90 / Die Grünen bleibt die Partei des Umwelt- und Klimaschutzes. Wir  
2 sind allerdings nicht mehr die Partei des Pazifismus aus unseren Anfangsjahren,  
3 auch wenn viele von uns die Friedensbewegung weiterhin für notwendig halten und  
4 einige von uns Teil der Friedensbewegung sind. Insgesamt stehen wir als Partei  
5 klar zum Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung und zur Nothilfe für dritte,  
6 die -wie beispielsweise die Ukraine- gewaltsam angegriffen werden.

7 Mit den vielen NATO-Mitgliedsstaaten, darunter erfreulicherweise die  
8 Neumitglieder Finnland und Schweden und weiterhin das Gründungsmitglied USA,  
9 sind wir jedem anderen Militär aber bereits heute haushoch überlegen. Ein  
10 weiterer Ausbau kostet uns sogar Sicherheit in vielen anderen lebenswichtigen  
11 Bereichen, belastet das Klima erheblich und ist in Relation zur Bedrohungslage  
12 völlig überzogen. Wenn sich die Bundeswehr neue Ausrüstung leistet, dann sollte  
13 der Schwerpunkt nach den Erfahrungen aus der Ukraine auf kluger Defensive  
14 liegen. In der Ukraine wurde die Erfahrung gemacht, dass millionenteure Panzer  
15 schnell durch billige Drohnen zerstört werden können. Viele zusätzliche sehr  
16 teure, sehr klimabelastende und zudem leicht angreifbare Panzer halten wir auch  
17 in Deutschland nicht für angebracht.

18 Unsere Unterstützung gilt dem klug agierenden NATO-Mitgliedsland Spanien, wo man  
19 sich trotz der aufgeheizten Stimmung dafür einsetzt, die finanzielle  
20 Ausgewogenheit zu bewahren, um andere öffentliche Investitionen und  
21 Sozialausgaben nicht zu gefährden.

22 Auch in Deutschland brauchen wir eine klare Begrenzung der ausufernden  
23 Militärausgaben, deshalb möchten wir um Unterstützung unserer nachfolgenden  
24 Forderungen bitten:

25 1. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 3,5 oder 5 Prozent (inklusive  
26 militärischer Infrastruktur) des Bruttoinlandsprodukts lehnen wir ab. Die  
27 Ausgaben sollen vom heute bereits hohen Niveau aus nicht noch weiter erhöht  
28 werden, weil dann nicht genug für alles andere wichtige übrig bleibt.

29 Zum Vergleich: Seit über 40 Jahren lagen die Verteidigungsausgaben immer unter 3  
30 Prozent des BIP. Und im Jahr 2024 entsprachen 5 Prozent des BIP ca. 45% des  
31 Bundshaushaltes.

32 2. Eine personelle Aufstockung der Bundeswehr um 50.000 bis 60.000 Menschen  
33 würde den Personalmangel in anderen lebenswichtigen Bereichen unserer  
34 Gesellschaft verschärfen und gleichzeitig den jährlichen Finanzbedarf der  
35 Bundeswehr und deren Klimabelastung erheblich nach oben schrauben. Deshalb  
36 lehnen wir eine personelle Aufstockung der Bundeswehr um zehntausende Menschen  
37 ab.

38 3. Wir möchten keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und keine  
39 Vorbereitungsmaßnahmen dazu, denn Sicherheit wird damit zu einem  
40 unverhältnismäßigen Aufwand und unverhältnismäßigen Kosten nur suggeriert. Den  
41 vielen jungen Menschen wird die Möglichkeit genommen, selbstbestimmt zu leben  
42 und sich frei entscheiden zu können. GRÜNE-Politik sieht anders aus, auch weil  
43 andere lebenswichtige Bereiche darunter zu leiden hätten, die schon jetzt  
44 Personalknappheit beklagen: Kinderbetreuung, Altenpflege, das Handwerk und  
45 andere.

46 Eine solche Prioritätensetzung gegen eine weitere Erhöhung des  
47 Verteidigungsbudgets, gegen eine personelle Aufstockung der Bundeswehr um  
48 zehntausende zusätzliche Stellen und gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht  
49 ist nun für uns Grüne geboten, damit wir uns insbesondere dem Umwelt- und  
50 Klimaschutz und den weiteren drängenden Zukunftsaufgaben widmen können und dafür  
51 überhaupt die benötigten Mittel zur Verfügung stehen.

52 -----

53 Zum Verfahren der Abstimmung: Es wird beantragt, über die drei nummerierten  
54 Forderungen jeweils einzeln abstimmen zu lassen, nicht nur in einem Gesamtpaket  
55 über den Antrag. Danke!

## Begründung

Statt alles Geld in Aufrüstung zu stecken ist es Zeit, das Zeitalter von 100% erneuerbaren Energien und Umweltschutz umzusetzen:

100% beim Strom, aber auch 100% beim Verkehr, 100% bei der Wärme, 100% in der Industrie.

Das gebührt der Anstand, unseren Kindern und Enkeln ihre von uns nur ausgeliehene Welt zurückzugeben, die nicht im Klimachaos versinkt und in der wir dem Artensterben endlich wirksam begegnen. Und die Uhr tickt, fast nirgends liegen wir im Zeitplan für 2 Grad mehr, geschweige denn 1,5 Grad.

Stattdessen droht uns, Zitat vom UN Generalsekretär Guterres, "eine Klimahölle" mit durchschnittlich prognostizierten 3,8 Grad Erhitzung, in einigen Teilen der Welt viel mehr, darunter Nord- und Südpol.

Eisgletscher auf Bergen, Eis im Sommer an Nord- und Südpol, ganze Tierarten wird es 2100 nicht mehr geben.

Deshalb braucht es jetzt enorme Investitionen. Die gute Nachricht ist, dass uns jede investierte Milliarde später das mehrfache einsparen wird, wenn es um die Folgen der Klimakatastrophe wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und untergehende Inseln gehen wird.

Aber wohin fließen die 100 Milliarden, die unsere Bundestagsfraktion für unser Klima reservieren wollte? In neue Erdgaskraftwerke. Zur Erinnerung: Erdgas ist bezüglich der Klimaschäden vergleichbar mit Kohleverbrennung.

Und was passiert mit den 700 weiteren Milliarden? Die sollen weitgehend dem Militär zufließen.

Dabei ist unser Verteidigungsbündnis schon heute das stärkste der Welt, zuletzt sind Finnland und Schweden beigetreten, es könnte in absehbarer Zeit Österreich folgen, dies wäre zu begrüßen.

Wenn aber über dieses organische Wachstum hinaus die Haushalte der Mitgliedsstaaten überstrapaziert werden sollen, dann stellen wir mit diesem Antrag fest:

Hier werden falsche Prioritäten gesetzt!

Wir brauchen dieses Geld für die vielen drängenden Herausforderungen, Krisen und Katastrophen dieser Zeit! Der unmenschliche Krieg des herzlosen Putins gegen die Ukraine ist nur eine davon. Die Ukraine muss weiter von uns unterstützt werden, dieser Krieg darf aber nicht dazu ausgenutzt werden, um unsere Gesellschaft, Wirtschaft und unsere Haushalte auf Jahre und Jahrzehnte dem Militär zu verschreiben.

Wir brauchen endlich wieder einen klaren Grünen Kurs in der Haushaltspolitik zu Gunsten der Schwerpunkte unserer Partei!

Und was sagen wir in diesem Antrag zur Wehrpflicht?

Wir GRÜNE gehören zum Team Freiwilligkeit. Auch, wenn es um die Bundeswehr geht. Team Freiwilligkeit bedeutet: Keine Wehrpflicht!

Wer unter "Wehrpflicht" versteht, dass gerade die jungen Menschen wieder dafür bereitstehen sollen, darf nicht vergessen, dass die Corona Lockdowns gerade die jungen Menschen getroffen haben. Wir dürfen diesen jungen Menschen, unserer Zukunft, nicht noch mehr Lebenszeit abverlangen, die Jugend darf nicht fortwährend für unsere Vorstellungen instrumentalisiert werden, sie muss auch einfach einmal LEBEN dürfen!

Wir GRÜNE gehören zum Team vernünftig wirtschaften. Auch, wenn es um die Bundeswehr geht. Team vernünftig wirtschaften bedeutet: Nicht hunderte Milliarden Schulden für die Aufrüstung verzooken, wenn andere gewaltige Aufgaben dadurch hinten runter fallen!

Antrag in einfacher oder leichter Sprache:

Wir GRÜNE möchten, dass wir handlungsfähig bleiben, weil es so viele Aufgaben zu lösen gibt, darunter Umwelt- und Klimaschutz.

Wir GRÜNE möchten nicht, dass wir viel zu viel Geld für die Bundeswehr ausgeben, wir möchten nicht zehntausende zusätzliche Soldaten anstellen und wir möchten niemanden dazu zwingen, Wehrdienst zu leisten. Stattdessen sollten wir GRÜNE uns wieder mit den Themen befassen, für die wir gewählt werden!

## **weitere Antragsteller\*innen**

Svenja Kleist (KV Berlin-Reinickendorf); Martin Pilgram (KV Starnberg); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Hans Menningmann (KV Darmstadt-Dieburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Christopher Stark (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ruth Alpers (KV Harburg-Land); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Dagmar Mosch (KV München); Hildegund Kingreen (KV Hagen); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Birgit Heilmann (KV Harburg-Land); Matthias Striebich (KV Forchheim); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); sowie 7 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Ukraine vor Willkürherrschaft schützen

Antragsteller\*in: Constantin Huber (KV Bremen-Mitte)

Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher  
Osten

Status: Antragsteller\*innen sammeln

## Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt:
- 2 • Wir stehen fest an der Seite der Ukraine in ihrem Recht auf  
3 Selbstverteidigung.
- 4 • Wir setzen uns weiterhin für umfassende Unterstützung ein – politisch,  
5 wirtschaftlich, humanitär und militärisch.
- 6 • Wir lassen nicht zu, dass Aggression, Diktatur und Völkermordpläne  
7 erfolgreich sind.
- 8 • Wir benennen klar die Fakten und treten jedem Versuch entgegen, die  
9 Verantwortung für diesen Krieg umzudeuten oder zu relativieren.
- 10 Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind nicht verhandelbar.

## Begründung

Bündnis 90/ Die Grünen ist eine Partei, die es sich nicht leichtmacht.

Die es sich nicht leichtmacht, wenn es darum geht, Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern.

Die es sich nicht leichtmacht, wenn es darum geht, andere Staaten mit Sanktionen zu belegen.

Wir können alle froh sein, Mitglied einer Partei zu sein, die nach Abwägung aller Argumente mehrheitlich zu dem Entschluss kommt, die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg zu unterstützen. Eine Partei, die verstanden hat, dass Faschist\*innen niemals Kriege gewinnen dürfen.

In dieser klaren Haltung liegt viel Mut und Vernunft. Mut deshalb, weil es nie leicht ist, gegen Menschenverachtung aufzubegehren. Mut aber auch deshalb, weil unsere Partei ihre Wurzeln wie wir alle wissen in strikt pazifistischen Strömungen besitzt. Vernünftig ist diese Haltung allerdings auch deshalb, weil sie so wenig Leid wie möglich anstrebt. Vernünftig ist sie, weil ihr die Erkenntnis inhärent ist, dass eine halbherzige Unterstützung von Angegriffenen letztlich den Angreifenden signalisiert, Demokratien seien zu schwach, um adäquat zu reagieren. Doch das ist nicht der Fall. Das darf nicht der Fall sein.

Und deshalb müssen wir immer wieder auf die Fakten verweisen. Egal, ob in der öffentlichen Auseinandersetzung mit politischen Kontrahenten, mit Parteikolleg\*innen, mit Familienmitgliedern oder Freunden. Auch dann, wenn es schmerzt.

Fakt ist nämlich:

1. Es gibt eine Grenze, die überschritten werden kann. Wenn ein Staat oder eine sonstige Gruppierung die Souveränität anderer mit Waffengewalt verletzt, dann kann es notwendig werden, mit Waffengewalt gegenzuhalten, um Schlimmeres zu verhindern.

Konkret auf Putins Angriffskrieg gemünzt:

2. Fakt ist, dass Russland die Auslöschung der ukrainischen Kultur angekündigt hat.

3. Fakt ist ebenso, dass der Krieg endete, wenn Russland die Waffen niederlegte. Und zur Wahrheit gehört auch, dass die Ukraine aufhörte zu existieren, wenn sie die Waffen niederlegte.

4. Fakt ist weiterhin, dass Gebietsabtretungen an Faschist\*innen keine Option sind, weil dann dort eine Willkürherrschaft an der Tagesordnung stünde.

5. Fakt ist zudem, dass Appelle an die Ukraine, in Friedensverhandlungen zu gehen, den falschen Adressaten besitzen. Denn es ist die russische Führung, die sich inhaltlich bewegen muss, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen.

6. Fakt ist ferner, dass „ein bisschen das Volk abschlachten“ oder „einen Teil einer barbarischen Führung auszusetzen“ keine gangbaren, friedlichen Optionen sind.

7. Und Fakt ist last but not least, dass Russland nicht demokratisch geführt wird, die Ukraine bei aller berechtigter Kritik an Mängeln hingegen schon.

Wer diese Fakten anerkennt, mit ihnen das Für und Wider bestimmter Positionen abwägt, wird höchstwahrscheinlich zu dem Entschluss kommen: Die Ukraine muss unterstützt werden. Ihr Recht auf Selbstverteidigung muss gewahrt werden. Lassen wir Diktatoren wie Putin nicht einfach gewähren. Tun wir etwas dagegen. Im Kleinen wie im Großen.

## Stärkung der Zweistaatenlösung

Antragsteller\*in: Constantin Huber (KV Bremen-Mitte)  
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten  
Status: Antragsteller\*innen sammeln

## Antragstext

1 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass sich Bündnis 90/Die Grünen  
2 weiterhin entschieden für die Zweistaatenlösung einsetzt.

- 3 • Wir treten für die Zwei-Staaten-Regelung ein, weil sie ein nachhaltiges  
4 Modell ist, das langfristig Frieden und Sicherheit für Israel\*innen und  
5 Palästinenser\*innen garantieren kann.
- 6 • Wir lehnen völkerrechtswidrige Annexionen und Siedlungsaktivitäten ab, da  
7 sie die Grundlage für eine Zweistaatenlösung untergraben.
- 8 • Wir verurteilen den Terror der Hamas aufs Schärfste und erkennen an, dass  
9 er eine ernsthafte Bedrohung für Frieden, Sicherheit und ein freies  
10 Palästina darstellt.
- 11 • Ein palästinensischer Staat muss auf Grundlage von Verhandlungen zwischen  
12 den Konfliktparteien geschaffen werden und internationale Unterstützung  
13 genießen.
- 14 • Extremist\*innen dürfen weder in der israelischen Regierung noch in der  
15 palästinensischen Führung politischen Einfluss haben.
- 16 • Dauerhafte Lösungen können nur durch Dialog, Mäßigung und gegenseitiges  
17 Entgegenkommen entstehen – nicht durch Mordlust oder Rache.
- 18 • Wir unterstützen internationale Bemühungen, insbesondere der Europäischen  
19 Union und der Vereinten Nationen, die auf eine friedliche  
20 Verhandlungslösung hinarbeiten.

21 Alle Menschen haben Anspruch auf ein Leben ohne Angst und Unterdrückung.

## Begründung

Die Konflikte im Nahen Osten dauern seit Jahrzehnten an und belasten nicht nur die Menschen in Israel und Palästina, sondern auch die internationale Ordnung und Sicherheit. Eine gerechte und dauerhafte Lösung kann nur erreicht werden, wenn beide Völker in anerkannten, sicheren und lebensfähigen Staaten Seite an Seite existieren können. Die Zweistaatenlösung bleibt trotz aller Rückschläge das einzige realistische Modell, das den legitimen Bedürfnissen beider Seiten nach Selbstbestimmung, Sicherheit und Frieden gerecht wird.

Einseitige Schritte wie völkerrechtswidrige Annexionen oder fortgesetzter Siedlungsbau untergraben die Grundlage einer friedlichen Regelung und dürfen nicht akzeptiert werden. Zugleich ist der Terror der Hamas ein Angriff auf jede Perspektive von Frieden und muss klar verurteilt werden. Sicherheit für

Israel wie auch für Palästina bedeutet, dass Extremist\*innen auf beiden Seiten zurückgedrängt werden und gemäßigte Stimmen gestärkt werden.

Unser Ansatz betont deshalb den Weg von Verhandlungen, Verständigung und gegenseitigem Respekt. Nur durch Dialog und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, kann Vertrauen entstehen. Die Zweistaatenlösung steht für ein Miteinander, das auf internationalem Recht, Menschenrechten und einer gemeinsamen Zukunft in Würde basiert. Bündnis 90/Die Grünen treten entschieden dafür ein, diese Perspektive zu bewahren und aktiv zu stärken.

Positionspapier „Mit Erfahrung gestalten“

Antragsteller\*in: Harry Hensler (KV Leipzig)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Antragsteller\*innen sammeln

## Antragstext

### 1 Einleitung

2 Das Positionspapier „Mit Erfahrung gestalten“ ist kein Gründungsantrag, sondern  
3 der Einleitung Prozess, der die besten Praktiken unserer  
4 Landesarbeitsgemeinschaften und Sprecher\*innen für Senior\*innenpolitik bündelt.  
5 Er ist unsere entschlossene Antwort auf die politische Realität und die  
6 Herausforderung, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Indem wir unsere  
7 Seniorinnen und Senioren – die über 30 % der Wählerschaft ausmachen – aktiv in  
8 unsere Arbeit einbeziehen, schaffen wir ein starkes Fundament für die Zukunft  
9 unserer Partei. Das Ziel ist es, die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft  
10 (BAG) als Ergebnis dieses umfassenden, partizipativen Weges zu ermöglichen.  
11 Dieser Weg mündet in die Entscheidung auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)  
12 2026. Die Anerkennung dieser Arbeitsgemeinschaft kann mit der klaren Zustimmung  
13 der Bundesdelegierten auf der BDK 2026, oder den Länderrat erfolgen.

14 Antragsentwurf an die 51. Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover

15 Antragsteller: Harry Hensler (KV Leipzig) Sprecher der LAG55Plus Sachsen und  
16 Gründungsmitglied und ehemaliger Sprecher der LAG60Plus Brandenburg

17 Beschlussfassung für die 51. Bundesdelegiertenkonferenz

18 Die 51. Bundesdelegiertenkonferenz 2025 beschließt, das Positionspapier „Mit  
19 Erfahrung gestalten“ anzunehmen. Dieses Positionspapier legt einen verbindlichen  
20 Fahrplan fest. Er bereitet das Verfahren für eine mögliche Beantragung zur  
21 Anerkennung der Bundesarbeitsgemeinschaft (Arbeitstitel Senior\*innen) auf der  
22 52. Bundesdelegiertenkonferenz im Jahr 2026 vor und begleitet es.

23 Verbindlicher Fahrplan

- 24 • November 2025: Die 51. Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover  
25 verabschiedet das Positionspapier und erteilt damit den politischen  
26 Auftrag für die Gründungsinitiative.
- 27 • Anfang 2026: Alle Sprecherinnen und Sprecher der  
28 Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) sowie alle politisch Verantwortlichen  
29 in den Landesverbänden, die sich für die Senior\*innenbelange einsetzen,  
30 werden zu einem strategischen, hybriden Kick-off eingeladen. Um die  
31 Beteiligungsrechte aller Landesverbände zu wahren, können jene, die noch  
32 keine bestätigte Landesarbeitsgemeinschaft für Seniorenbelange beschlossen  
33 haben, ihre fachlichen Beauftragten entsenden. In enger Abstimmung  
34 übernehmen die Bundesgeschäftsstelle und die Antragsteller die  
35 verantwortungsvolle Begleitung der Umsetzung des Zeitplans zur offiziellen

- 36 Beantragung der Bundesarbeitsgemeinschaft. Der Fahrplan wird flexibel an  
37 mögliche Terminänderungen der BDK 2026 angepasst.
- 38 • Frühjahr 2026: In enger Absprache mit den Landesverbänden wird die  
39 Strategie für die Anerkennung mit dem Länderrat abgestimmt, um die breite  
40 Unterstützung der Landesverbände zu sichern.
  - 41 • Mitte 2026: Sobald die verbindliche Mitarbeit von Delegierten aus  
42 mindestens sechs Bundesarbeitsgemeinschaften dokumentiert ist, wird das  
43 Votum des Sprecherinnen- und Sprecherrats der Bundesarbeitsgemeinschaften  
44 für die Anerkennung der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren eingeholt.
  - 45 • Herbst 2026: Die offizielle Gründungskonferenz der  
46 Bundesarbeitsgemeinschaft (Arbeitstitel „BAG-Senioren“) findet in hybrider  
47 Form, 6 Wochen vor der 52. Bundesdelegiertenkonferenz (unabhängig vom  
48 endgültigen Termin) statt, um die Anerkennung final vorzubereiten.
  - 49 • Bundesdelegiertenkonferenz 2026: Die offizielle Anerkennung der  
50 Bundesarbeitsgemeinschaft erfolgt durch die 52. Bundesdelegiertenkonferenz  
51 oder den Länderrat.

## Begründung

### Begründung

Das Positionspapier „Mit Erfahrung gestalten“ ist ein folgerichtiger und notwendiger Schritt, um die Anliegen der älteren Generation innerhalb unserer Partei zu kanalisieren und auf höchster Ebene zu vertreten. Es legt den Grundstein für eine stärkere Repräsentation der Interessen unserer Seniorinnen und Senioren.

Wir erkennen die Seniorenpolitik als ein eigenständiges Politikfeld von bundespolitischer Bedeutung an und schaffen so eine tragende Säule für eine generationsübergreifende Zukunft. In dieser Zukunft werden die Stimmen und die Erfahrung unserer älteren Mitglieder nicht nur gehört, sondern auch gewürdigt.

Der Zweck unserer Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) ist es, die spezifischen Anliegen gesellschaftlicher Gruppen zu bündeln und auf Bundesebene zu vertreten. Dabei sind sie auf die enge Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) angewiesen, die aktiv an der Senior\*innenpolitik ihrer Landesverbände mitarbeiten. Der Zeitplan schafft dabei die Möglichkeit, die Anliegen der Senior\*innen zielgerichtet und wirkungsvoll auf die höchste politische Ebene zu bringen.

So stellen wir sicher, dass wir die Vielfalt und die Erfahrung unserer Mitglieder in den Mittelpunkt unserer Politik rücken.

- BAG-Behindertenpolitik
- BAG-Frauenpolitik
- BAG-Lesbenpolitik
- BAG-Migration & Flucht
- BAG-Schwulenpolitik
- etc.

Unser politischer Anspruch

Unser politischer Anspruch auf die Arbeit an diesem Positionspapier hat mehrere Ursprünge, die unsere gesellschaftspolitische Verantwortung unterstreichen:

- **Recht auf Vertretung:** Wir legen mit diesem Positionspapier den Grundstein für die Umsetzung des in unserem Bundesarbeitsgemeinschaften-Statut verankerten Rechts der Landesarbeitsgemeinschaften auf eine eigene Vertretung auf Bundesebene.
- **Demografischer Wandel als Chance:** Wir müssen den demografischen Wandel nicht bekämpfen, sondern ihm als gesellschaftspolitische Chance mit einer starken Arbeitsgruppe und der engen Zusammenarbeit mit unseren Landesverbänden wirksam begegnen, um eine gerechte und generationsübergreifende Gesellschaft zu gestalten.
- **Politisches Sprachrohr:** Als politisches Sprachrohr dient die Arbeitsgruppe auch in den Ländern dazu, die Themen der Senior\*innen sichtbar zu machen und damit den aufkommenden antidemokratischen Bewegungen eine überzeugende, bündnisgrüne Alternative entgegenzusetzen.

Aufruf zur Unterstützung

Wir rufen alle Mitglieder, Delegierten und Gliederungen dazu auf, unser Positionspapier „Mit Erfahrung gestalten“ und den darin enthaltenen Fahrplan aktiv zu unterstützen.

Die konsequente Vertretung des selbstbestimmten Vertretungsrechts unserer ältesten Parteimitglieder ist dabei mehr als eine innerparteiliche Pflicht – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Indem wir die Erfahrung und das Wissen der älteren Generationen als zentrale Säule unserer innerparteilichen Struktur verankern, schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, um die Anliegen der Senior\*innen mit Nachdruck auf Bundesebene zu vertreten. Nur so können wir eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft für alle Generationen gestalten.

Jetzt ist die Zeit, die Zukunft unserer bündnisgrünen Bewegung gemeinsam mit der Erfahrung unserer älteren Generation zu gestalten.

Jede Stimme zählt: Unterstütze das Positionspapier und sprich mit weiteren Unterstützern.

Harry Hensler (KV-Leipzig)

Baujahr 1956

Mitglied seit Mai 2022 und mein Kernthema ist die Politische Partizipation im innerparteilichen Prozess!

Initiator der [KAG 60plus Oder-Spree](#) und der [LAG60plus Brandenburg](#)

Initiator der [sächsischen Senior\\*innenvernetzung](#) Sprecher der [LAG55plus Sachsen](#) sowie der [AG60plus Leipzig](#)

Engagierter Natur- und Umweltschützer bei [Cleanup-Leipzi](#)

Ich habe euch auf der 49. BDK in Karlsruhe versprochen, dass ich wiederkomme, wenn ich sicherstellen kann, dass wir die politische Partizipation von Senior\*innen als kontinuierliche Aufgabe begreifen, die unsere Partei nachhaltig verändert.

weitere Informationen findet ihr [Hier](#)

Leipzig 02.10.2025

## **weitere Antragsteller\*innen**

Xandra Hau (KV Leipzig); Uta Schlenzig (KV Leipzig); Friedrich Bachmair (KV Münster); Elke Seidel (KV Potsdam-Mittelmark)

Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller\*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Antragsteller\*innen sammeln

## Antragstext

### 1. Energie- und Wirtschaftspolitik

Deutschland braucht eine Energiepolitik, die bezahlbar, klimafreundlich und standortstark ist. Doch die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit ihren Beschlüssen falsche Schwerpunkte.

Die geplante Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW übersteigt den realen Bedarf. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern, wird so der Einstieg in eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

Wir fordern: Ausbauziele am tatsächlichen Bedarf auszurichten und Vorrang für kostengünstige, saubere Alternativen wie Batteriespeicher und Lastmanagement. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure fossile Risiken.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung durch Änderungen bei den EEG-Ausschreibungen Investitionsanreize für Wind- und Solarprojekte abgeschwächt. Das gefährdet Planungssicherheit und bremst die Energiewende.

Wir fordern: ein Ausschreibungsdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale Energieerzeugung erleichtert und den Ausbau beschleunigt – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage ab 2026 entlastet vor allem fossile Energien, während die zugesagte Senkung der Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand bislang fehlt. Das verteuert die Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Industrie.

Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer, damit E-Autos, Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere Wettbewerbsfähigkeit steigt.

Die Wiedereinführung der Agrardieselsubvention ist ein Rückschritt in der Klimapolitik. Sie begünstigt klimaschädliche Strukturen, verzögert die notwendige Umstellung auf klimafreundliche Antriebstechnologien und bindet öffentliche Mittel, die wir für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft besser nutzen sollten.

Wir fordern: die konsequente Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und eine Umschichtung der Mittel in Forschung, Investitionshilfen und Beratung für ökologische Landwirtschaft sowie für den Umstieg auf emissionsfreie Landmaschinen.

Das neu geschaffene Sondervermögen Infrastruktur darf nicht zur Haushaltskosmetik missbraucht werden.

35 Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche  
36 Zukunftsinvestitionen in Verkehr, Bau, Digitalisierung, Bildung und  
37 Energiewende. Investitionen sind keine Belastung, sondern die Voraussetzung für  
38 Wachstum und Wohlstand.

## 39 2. Industrie und Standortpolitik

40 Deutschland ist Exportnation. Unsere Industrie braucht Planungssicherheit,  
41 Innovationsförderung und Fachkräfte, nicht ideologische Debatten.

42 Die von Unionspolitikern angeheizte Diskussion über eine Rücknahme des  
43 europäischen Verbrenner-Ausstiegs ab 2035 verunsichert die Industrie.  
44 Autohersteller und Zulieferer investieren längst in Elektromobilität und  
45 Batterien. Eine Aufhebung wäre nicht nur klimapolitisch falsch, sondern auch  
46 ökonomisch sinnlos, weil die weltweite Nachfrage nach Verbrennern bereits sinkt  
47 und der Marktanteil elektrischer Antriebe tendenziell wächst. Politische  
48 Rückschritte würden Unternehmen in ihrer strategischen Planung behindern und  
49 Arbeitsplätze gefährden.

50 Wir fordern: ein klares Bekenntnis zu den europäischen Vereinbarungen und  
51 gezielte Unterstützung für den Umbau der Automobilbranche. Das sichert  
52 hunderttausende Jobs und die technologische Führungsrolle Deutschlands.

53 Gleichzeitig sind weite Teile unserer Industrie von Rohstoffen abhängig, die im  
54 Ausland gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche  
55 Risiken auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um die Resilienz unseres  
56 Wirtschaftsstandorts zu stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe  
57 dringend notwendig. Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie  
58 umfasst die Verlängerung der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und  
59 Wiederverwendung sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an. Wir fordern:  
60 gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und Praxisinitiativen für  
61 Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsoveränität, Klimaschutz und Innovationskraft  
62 zu verbinden.

63 Die dauerhafte Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie ist  
64 ein teures Mitnahmeprogramm ohne zielgenaue Wirkung.

65 Wir fordern: Investitionshilfen für Energieeffizienz, Ausbildung und  
66 Modernisierung. So bleibt die Gastronomie krisenfest und attraktiv für  
67 Beschäftigte.

68 Die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer bevorzugt  
69 lange Arbeitswege und begünstigt vor allem obere Einkommen.

70 Wir fordern: ein sozial-ökologisches Mobilitätsgeld, das gezielt kleine und  
71 mittlere Einkommen entlastet und dabei klimafreundliche Verkehrsmittel fördert.

## 72 3. Soziale Sicherungssysteme

73 Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und  
74 generationenfest sein.

75 Mit dem Rentenpaket II hat die Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48  
76 % eingefroren. Kurzfristig schafft das Sicherheit, langfristig aber explodieren  
77 die Beitragssätze. Hinzu kommt die neue Mütterrente III, die zusätzliche  
78 Milliarden kostet, ohne das System zukunftsfester zu machen.

79 Wir fordern: eine Rückkehr zu einem ehrlichen Rentenmechanismus mit  
80 Nachhaltigkeitsfaktor, der die Realität von Demografie und Arbeitsmarkt  
81 abbildet. Außerdem muss das Renteneintrittsalter künftig an die Lebenserwartung  
82 gekoppelt werden und die Frühverrentung nach 45 Beitragsjahren nur für  
83 gesundheitsgefährdende Berufe möglich sein. Schließlich braucht es eine  
84 Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – fair, solidarisch und  
85 generationengerecht. Damit bleibt die Rente stabil, ohne die Jüngeren zu  
86 überlasten.

87 Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld schwächt das Vertrauen  
88 in den Sozialstaat und verhindert, dass Menschen in Arbeit kommen. Kürzungen  
89 helfen dem Haushalt kaum, würden aber Armut verfestigen und Fachkräftepotenziale  
90 verschenken. Dennoch braucht das Bürgergeld Reformen: Unklare Anreizstrukturen,  
91 hohe Transferentzugsraten und zu langsame Verfahren erschweren die Integration  
92 in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem  
93 zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Mit  
94 gezielten Änderungen ließen sich die Anreize deutlich verbessern.

95 Wir fordern:

- 96 • mehr Mittel für Weiterbildung, Umschulung und Familienförderung,
- 97 • eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,
- 98 • ein Bonusmodell für schnelle Arbeitsmarktintegration, das Eigeninitiative  
99 belohnt,
- 100 • eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,
- 101 • eine Absenkung der Transferentzugsraten auf ein wissenschaftlich  
102 fundiertes Maß von maximal 60%, sodass sich Mehrarbeit spürbar lohnt,
- 103 • ergänzende Freibeträge für Kinder, Ausbildung und Pflege, um besondere  
104 Lebenslagen zu berücksichtigen.

105 So wird das Bürgergeld zu einem echten Instrument der Arbeitsmarktintegration –  
106 im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

107 Kranken- und Pflegeversicherung:

108 Beide Systeme geraten durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck.  
109 Steigende Kosten treffen heute vor allem Beitragszahler\*innen mit mittlerem und  
110 geringem Einkommen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher  
111 und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

112 Wir fordern:

- 113 • eine solidarische Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege, in die alle  
114 Einkommensarten – auch Kapitalerträge – einbezogen werden,
- 115 • eine stärkere Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen,  
116 damit Beiträge stabil bleiben,
- 117 • verbindliche Pflege-Bürgerrücklagen, um die Generationenfairness zu  
118 sichern,
- 119 • Ausbau präventiver und digital gestützter Versorgungsmodelle, um  
120 Pflegebedürftigkeit zu verzögern und Kosten langfristig zu senken,
- 121 • Effizienzgewinne durch eine perspektivische Zusammenführung der  
122 gesetzlichen Krankenkassen: Statt heute rund 90 Krankenkassen mit eigenen  
123 Strukturen braucht es perspektivisch weniger leistungsstärkere Einheiten.  
124 Konsolidierung kann Verwaltungsaufwand senken und Mittel direkt in die  
125 Versorgung lenken.
- 126 • Stabile Sozialbeiträge sind zudem ein Standortfaktor: Kalkulierbare  
127 Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit  
128 deutscher Unternehmen.

#### 129 4. Steuerpolitik

130 Ein gerechtes Steuersystem ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt  
131 und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker besteuert als  
132 Kapital und Erbe. Das schwächt Leistungsanreize, verschärft Ungleichheit und  
133 mindert die Handlungsspielräume des Staates.

134 Die Erbschaftsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf. Große Betriebsvermögen  
135 können weitgehend steuerfrei übertragen werden, während normale Erb\*innen  
136 belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit und schwächt die  
137 Finanzierung des Gemeinwesens.

138 Wir fordern: eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer, die Ausnahmen reduziert,  
139 die Bewertung von Unternehmensvermögen realistisch ausgestaltet und kleine  
140 Erbschaften schützt. Eine faire Erbschaftsbesteuerung ist ein Gebot der  
141 Generationengerechtigkeit und ermöglicht dringend notwendige Investitionen in  
142 Bildung, Infrastruktur und sozialen Ausgleich.

143 Darüber hinaus sollten wir neue Rechtsformen wie die GmbH (Gesellschaft mit  
144 gebundenem Vermögen) berücksichtigen: Durch die Charakteristik, dass das  
145 Vermögen dauerhaft an das Unternehmen gebunden ist, werden die langfristigen  
146 Ziele erreicht, die Familienunternehmen auch heute verfolgen – Stabilität,  
147 Verantwortung und Generationengerechtigkeit. Die GmbH kann damit eine faire und  
148 chancengleiche Möglichkeit für Nachfolge und Erbschaften bieten, die den Bestand  
149 von Unternehmen sichert und zugleich Gemeinwohlorientierung stärkt.

150 Auch die Einkommensteuer muss gerechter werden. Der Spitzensteuersatz greift  
151 heute zu früh und belastet damit auch mittlere Einkommen. Gleichzeitig sind die  
152 wirklich hohen Einkommen und Vermögen unterproportional entlastet.

153 Wir fordern:

- 154 • eine Anhebung des Spitzensteuersatzes,
- 155 • ein späteres Einsetzen des Spitzensteuersatzes, damit kleine und mittlere  
156 Einkommen nicht übermäßig belastet werden,
- 157 • zielgerichtete Steuergutschriften für niedrige Einkommen, die Arbeit  
158 attraktiver machen und die Kaufkraft stärken.

159 Darüber hinaus blockieren fossile Subventionen die notwendige Transformation und  
160 sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der  
161 größten Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und  
162 bindet Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir fordern:  
163 die konsequente Abschaffung fossiler Subventionen – von Dieselprivileg bis  
164 Kerosinsteuerbefreiung – und die Umschichtung der Mittel in Klimaschutz, soziale  
165 Entlastung und Investitionen in die Zukunft.

166 5. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

167 Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen  
168 zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in  
169 Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze  
170 entscheidend für Zukunftsperspektiven.

171 Wir fordern:

- 172 • ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das  
173 Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung  
174 bündelt,
- 175 • den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um  
176 ländliche Räume attraktiv zu machen,
- 177 • Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder  
178 Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- 179 • stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in  
180 ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und  
181 Fachkräfte vor Ort zu halten.

182 So wird die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle ländlichen  
183 Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

184 6. Staat und Digitalisierung

185 Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch  
186 kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler  
187 Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Viele Prozesse  
188 werden lokal gedacht und organisiert, obwohl sie bundesweit einheitlich  
189 gestaltet werden müssten – etwa die Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

190 Wir fordern:

- 191 • grundlegende Struktur- und Föderalismusreformen, um Doppelstrukturen zu  
192 reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren. Once-Only  
193 muss verbindlicher Standard werden, sodass Bürger\*innen und Unternehmen  
194 Daten nur einmal einreichen müssen. Dazu braucht es einheitliche  
195 Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und Softwaresystemen, die  
196 Melde- und Reportingpflichten minimieren und Interoperabilität  
197 sicherstellen.
- 198 • Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger\*innen  
199 werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als  
200 isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem  
201 eingebettet sein, das offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen  
202 zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten  
203 Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter  
204 Bürokratie.

205 So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation ermöglicht, Verwaltung  
206 beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie Gesellschaft gleichermaßen  
207 entlastet.

208 Schlussbemerkung

209 Deutschland steht an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt  
210 Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger  
211 Wahlgeschenke. Stabile Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-System  
212 sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die  
213 Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

214 Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale  
215 Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit  
216 herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt  
217 Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

## weitere Antragsteller\*innen

Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau);  
Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg)

## TO-01 Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 29.09.2025  
Tagesordnungspunkt: F Tagesordnung und Formalia

### Antragstext

- 1 Freitag, 28.11.2025
- 2 TOP 1 Tagesordnung und Formalia
- 3 TOP 2 Politische Lage (Aussprache)
- 4 TOP 3 Unsere Parteistrukturen in Zeiten des Umbruchs (Aussprache)
- 5 TOP 4 Verschiedenes (1/2)
- 6 Samstag, 29.11.2025
- 7 TOP 5 Haushalt & Finanzen
- 8 TOP 6 Klima & Energie
- 9 TOP 7 Wahlen
- 10 1. Nachwahl Bundesschatzmeister\*in
- 11 2. Bestätigung Organisatorische Geschäftsführung
- 12 3. Parteirat
- 13 4. Bundesschiedsgericht
- 14 TOP 8 Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten
- 15 TOP 9 Satzung
- 16 Sonntag, 30.11.2025
- 17 TOP 10 Verschiedenes (2/2)
- 18 TOP 11 Starke Kommunen

## V-01 Fühlende Waren - Tiere als Verlierer der Globalisierung und Menschen gleich mit

Gremium: BAG Tierschutzpolitik & BAG Globale Entwicklung  
Beschlussdatum: 20.09.2025  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Eingereicht (geprüft, unveröffentlicht)

### Antragstext

1 Die globale Produktion und der Im- und Export von Tieren und tierischen  
2 Produkten hat durch Industrialisierung und Globalisierung unglaubliche Ausmaße  
3 von hunderten Milliarden Euro angenommen. Weltweit werden jährlich 70 Milliarden  
4 Land"nutz"tiere getötet, zwei Drittel davon stammen aus der industriellen  
5 Tierhaltung. Nimmt man Fische dazu, ist man bei weit über 100 Milliarden.[1]  
6 Export und Import sind von einer einstigen nachhaltigen Möglichkeit, um  
7 Überschüsse zu verteilen bzw. um nicht vorhandene eigene Ressourcen zu  
8 beschaffen, zum Selbstzweck geworden. Stopfleber kommt aus Ungarn,  
9 Heimtierfutter aus Thailand. In Nigeria, Vietnam und vielen anderen Ländern  
10 investiert der brasilianische Fleisch-Multi JBS, so wie andere Konzerne, in  
11 industrielle Tierhaltung für den Export. Schweinefleisch und Käse aus  
12 Deutschland gehen nach Südkorea, Hormone von Stutenblutfarmen in Uruguay gehen  
13 für die Schweinezucht nach Deutschland (PMSG/ eCG). Es gibt Pelzfarmen in Polen,  
14 Spanien, China, Lachs-Aquakulturen in Chile und immer noch Lebertransferteporte in  
15 alle Welt. Alles und immer mehr wird zwischen Europa, Asien, Nord- und  
16 Südamerika, Afrika, dem Mittleren und Nahen Osten, Australien und Neuseeland hin  
17 und her gehandelt.[2]

18 Die Hauptakteure hierbei sind Global Player, internationale Investoren und  
19 undurchsichtige Firmengeflechte. Die 20 größten globalen Fleisch- und  
20 Milchkonzerne verursachen zusammen so viele Treibhausgasemissionen wie  
21 Deutschland, die fünf größten so viele wie der Öl- und Gaskonzern Exxon. Die  
22 Produktion tierischer Lebensmittel verursacht 12 - 16 % der anthropogenen THG-  
23 Emissionen oder 6,2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente.[3] Darunter fallen  
24 Emissionen von Methan, das 28-mal klimaschädlicher ist als CO<sub>2</sub>. Bei Methan  
25 dominiert die Viehhaltung, mit einem Anteil von sogar 30 % der weltweiten  
26 anthropogenen Emissionen.[4] Seit langem schon kritisiert die Zivilgesellschaft  
27 die Industrie-Agrarlobby, den Überkonsum, die profitorientierte Aufteilung der  
28 Verwertung und die Subventionen der immer größeren industriellen Tierhaltung und  
29 Exportförderung Deutschlands[5] und anderer Länder der Welt.[6]

30 Die vielfältigen Kollateralschäden und wahren Kosten sind bekannt und werden  
31 nicht von den Verursachenden getragen. Die Folgen sind Tierleid, Umweltschäden,  
32 Verlust der Biodiversität, Klimakatastrophe, Wassermangel, Überschreiten der  
33 planetaren Grenzen, Land Grabbing, Entwaldung, Flächenverbrauch für  
34 Futtermittel, Beeinträchtigung der Meeresökosysteme, mangelnde  
35 Ernährungssicherheit, ein enormer Preis- und Wettbewerbsdruck für viele  
36 Landwirt\*innen sowie negative Auswirkungen auf die Gesundheit, noch höherer  
37 globaler Einsatz von Antibiotika, erhöhtes Risiko von Zoonosen bis hin zu  
38 Pandemien[7] und traumatisierende Arbeitsbedingungen bis hin zu Sklaverei.

39 Tiere sind die großen Verlierer der Globalisierung. Tierschutzstandards sind  
40 oftmals nicht vorhanden oder in Maßen vorhanden, aber werden nicht umgesetzt,  
41 auch innerhalb der EU oder in Deutschland. Globale investigative Recherchen[8]  
42 zeigen die massiven strukturellen Probleme des Unterbietungswettbewerbs: Überall  
43 auf der Welt die nicht unterscheidbaren Aufnahmen von Qualzuchten und  
44 Qualhaltungen, fehlender medizinischer Versorgung, Misshandlung, Wertlosigkeit  
45 und massenhaft Tiere, die wie Abfall entsorgt werden. Als die  
46 Welthandelsorganisation und andere internationale Organisationen gegründet  
47 wurden, waren Tiere als fühlende Lebewesen oder planetare Grenzen kein Thema.  
48 Auch heute überwiegt der Blick auf Tiere als Ressourcen und Waren oder höchstens  
49 ihre Gesundheit als Qualitätsmerkmal der Ware. Fühlende Waren. Vorhandene  
50 Spielräume der Welthandelsorganisation wie die öffentliche Moral, beispielsweise  
51 eingesetzt beim EU-Importverbot von Robbenprodukten, werden zu wenig von den  
52 Staaten genutzt, da ihre Handelsinteressen in der Regel überwiegen und die  
53 Interessen und Bedürfnisse der Tiere selbst, als vulnerable Gruppe, nicht  
54 genügend vertreten werden. Wie Klima und Umwelt sind die Rechte der Tiere ein  
55 globales Problem, und auch hier muss die Politik mit der Realität der  
56 globalisierten Verflechtungen Schritt halten.

57 Deutschland kann durch nationale Gesetzgebung sowie über die EU mit seiner  
58 Import- und Exportpolitik Einfluss nehmen. Damit aber nicht nur eine Verlagerung  
59 stattfindet und sich global nichts für die Tiere verbessert, ist es genauso  
60 wichtig, sich in den internationalen Institutionen, wie der WTO und jenen der UN  
61 für bessere Regelungen einzusetzen, wie auch in bilateralen Abkommen.

62 Im Bereich der industriellen Tierhaltung gibt es im Moment weder umfassende  
63 Strategien[9] noch konkrete Tierzahlreduktionsziele von Regierungen weltweit  
64 oder auf der internationalen Ebene, aber erste Vorstöße. Einige Beispiele:

65 Dänemark: Action Plan for Plant-based Foods[10], der von NGOs auch für die EU  
66 gefordert wird[11] und CO<sub>2</sub>/Methan-Steuer für die Landwirtschaft ab 2030[12],  
67 deren Ausweitung auf die EU von der Europäischen Kommission geprüft wird.

68 Schweiz: pflanzenbasiere Ernährung in der Klimastrategie.[13]

69 Niederlande: Proteinwende 50/50 2030[14], Ausstiegsprämien um den  
70 Stickstoffeintrag aus der Massentierhaltung zu verringern.[15]

71 China: Bereits 2016 Vorschlag des chinesischen Gesundheitsministeriums, den  
72 Fleischkonsum zu halbieren.[16]

73 Darüber hinaus gibt es viele kleine Initiativen weltweit, wie das erste vegane  
74 Krankenhaus im Libanon[17], Großstädte wie Amsterdam oder Los Angeles, die sich  
75 dem internationalen "Plant Based Treaty" verpflichtet haben[18], Städte, die  
76 sich auf andere Arten für eine klimagerechtere Ernährung einsetzen, oder  
77 Investitionen in alternative Proteine und mehr pflanzliche Ernährung von  
78 Singapur bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten.[19]

79 Im Moment sind in vielen Ländern tierische Bestandteile in fast allen  
80 Lebensmitteln die Regel und günstigere Option, dabei müsste es dringend  
81 umgekehrt sein.

82 Länder wie Großbritannien und Australien gehen beim Verbot von  
83 Lebendtierexporten bereits voran.[20]

84 Wie kann hier besser international zusammengearbeitet werden? Und wem nutzt  
85 letztendlich der internationale Wettbewerb?

86 Die Zeit drängt, denn viele Schäden sind nicht mehr zurückdrehbar: Immer mehr  
87 Regenwaldflächen fallen der Brandrodung und dem Einschlag durch Kapitalanleger  
88 aus aller Welt für Bodenschätze, Tropenholz und lukrative Nahrungs- und  
89 Futtermittelanbauflächen für den Export zum Opfer. Brasilien hat bereits 20%  
90 seines Regenwaldes vernichtet, andere Hauptverursacher sind die Demokratischen  
91 Republik Kongo und Indonesien.[21] Angesichts des CO<sub>2</sub>-Speichervolumens der  
92 Gesamtreinwaldflächen hat dies enorm fatale Auswirkungen auf das Weltklima und  
93 die Ökosysteme. Hinzu kommen Verwüstungen, Versteppung, Überschwemmungen und  
94 Erosion. Menschen verlieren ihr Zuhause, unzählige Tier- und Pflanzenarten  
95 sterben aus.[22] Alleine in Brasilien kämpfen über 300 Indigene Völker um den  
96 Erhalt ihres Lebensraumes.[23] Indigene weltweit brauchen Unterstützung gegen  
97 die oft gewaltvolle Missachtung ihrer Rechte.[24]

98 Wir fordern:

99 Keine Grausamkeiten subventionieren und globalisieren:

100 -Divestment durch Entwicklungs\*- und Investitionsbanken[25], keine  
101 Exportkreditgarantien und (Export-)Subventionen für industrielle Tierhaltung und  
102 andere tierschutzwidrige Praktiken. Ihren Ausbau verhindern, umlenken in  
103 alternative Proteine, nicht in Qualzuchten, Fistulierung von Kühen und mehr  
104 Tierleid erzeugende technische Lösungen. Über EU und OECD den Export von  
105 Käfigsystemen mit niedrigem Standard verbieten. \*(auch wenn der  
106 Entwicklungsbegriff kritisch zu sehen ist, diese Strukturen existieren im  
107 Moment)

108 -Tiere in Handelsverträgen besser berücksichtigen[26] und ins deutsche und  
109 europäische Lieferkettengesetz mit aufnehmen, d. h. eine tierleidfreie  
110 Lieferkette genau wie menschenrechtskonforme und entwaldungsfreie.

111 -Internationale Abkommen/ Übereinkommen, z. B. für ein Pelzverbot, wie zuvor für  
112 andere einzelne Praktiken. Internationale Tierschutzstandards, Rechte der Tiere  
113 an vorhandenen globalen Strukturen des Umweltrechts und Gesundheit  
114 orientieren.[27] Interessenvertretung der Tiere auf der globalen Ebene, z. B.  
115 die Tierschutzverbandsklage völkerrechtlich ausweiten (vgl. Aarhus-Konvention im  
116 Umweltrecht), SDG Tierschutz/ Interessen der Tiere, UN-Tierschutz-Konvention (im  
117 wirklichen Sinne der Tiere, nicht anthropozentrisch; multilateral, nicht  
118 ethnozentrisch[28]), UN-Tierschutzprogramm oder- organisation. Tiere auf die  
119 diplomatische Agenda setzen, weltweiten Vollzug verbessern, Möglichkeiten im  
120 internationalen Strafrecht weiterentwickeln, die Verwendung von Tieren ersetzen,  
121 wo möglich.

122 -CO<sub>2</sub>/Methan-Besteuerung der Landwirtschaft, auch von Importen, internationale  
123 und nationale Gesamtstrategien zur Tierzahlreduktion,[29] Just Transition.  
124 Anreize gegen die Export- und Importorientierung und Spielräume für  
125 Importverbote in die EU und Verkaufsverbote nutzen, z. B. sich auf EU-Ebene für  
126 eine ambitionierte Reformierung der EU-Tierschutzvorschriften und für eine  
127 Angleichung der tierschutzrelevanten Produktionsstandards für Importe einsetzen,  
128 wie in der Vision für Landwirtschaft und Ernährung der Europäischen Kommission  
129 vorgeschlagen. Schutzreservate und Naturschutzgebiete ausbauen.

## Begründung

Obwohl schon immer relevant, werden die Interessen der Tiere im Vergleich zur Umwelt- und Klimapolitik auf der internationalen Ebene im Moment nicht vertreten. Die mittlerweile enormen Ausmaße des globalen Handels mit Tieren und tierischen Produkten und die fortschreitende Industrialisierung der Tierhaltung weltweit macht nicht nur die Tiere zu Verlierern der Globalisierung, sondern beeinträchtigt durch die vielfältigen Kollateralschäden, genau wie andere Ungerechtigkeiten der Globalisierung, maßgeblich auch das Leben der Menschen.

Der Antrag zeigt die Auswirkungen und benennt zahlreiche Maßnahmen wie von lokaler bis internationaler Ebene entgegengesteuert werden muss. Denn wie Klima und Umwelt sind die Rechte der Tiere ein globales Problem, und auch hier muss die Politik mit der Realität der globalisierten Verflechtungen Schritt halten.

Gemeinsamer Antrag der BAG Tierschutzpolitik und der BAG Globale Entwicklung.

Beschluss der BAG Tierschutzpolitik vom 20.09.25

Beschluss der BAG Globale Entwicklung vom 21.09.25

Auch mit Unterstützung aus der BAG Christ\*innen. Beschluss war nicht zeitnah möglich und wird gegebenenfalls nachgereicht.

----

u.v.m.

Wichtige Akteure: BMLEH, BMW, BMZ, GIZ, Weltbank, Europäische Investitionsbank, EU Kommission (DG Agriculture, DG SANTE, DG CLIMA, DG Trade), UN FAO (allerdings ist die globale industrielle Tierproduktlobby dort vertreten[30]), UNEP, WTO, WOAH

Anfrage: Wie unterstützen Deutschland und die EU finanziell und auf anderen Wegen die industrielle Tierhaltung oder andere tierschutzwidrige Praktiken innerhalb der EU und im EU-Ausland?

Bündnisgrüne Beschlüsse zum Thema:

EU-Wahlprogramm von B90/Die Grünen 2024, S.37: "In Handelsabkommen setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir beenden. Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen."

EU-Wahlprogramm von B90/Die Grünen 2024, S. 39: „Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern, leichter zugänglich machen und die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig zum Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Europa."

EU-Wahlprogramm von B90/ Die Grünen 2024, S.74: "Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-, Umwelt- und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden."

Bundestagswahlprogramm von B90/ Die Grünen 2021, S.48: "Dafür unterstützen wir mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische Agrarwende."

Bundestagswahlprogramm von B90/ Die Grünen 2021, S.53: "Bäuer\*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr produzieren, um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer, die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle Massentierhaltung und Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar."

Analog zu Bundestagswahlprogramm von B90/Die Grünen 2021, S.222: "Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung werden wir beenden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank oder die KfW sollen zu Transformationsbanken umgebaut werden."

Regierungsprogramm von B90/ Die Grünen 2025, S.61: "Sowohl national als auch auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns daher für eine Tierschutzgesetzgebung und hohe Standards ein, die Tiere wirklich schützen."

[1]<https://oec.world/en/profile/hs/animal-products>

<https://ourworldindata.org/how-many-animals-are-factory-farmed>

<https://www.worldanimalprotection.ca/our-work/farmed-animals/>

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1751731121001324>

[2]<https://www.thepoultrysite.com/news/2024/11/jbs-agrees-to-invest-2-5-bln-in-nigeria>

<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/response-to-jbs-expansion-into-nigeria/>

<https://www.thecattlesite.com/news/saudi-arabia-expresses-interest-in-nigerian-red-meat>

<https://www.thepoultrysite.com/news/2025/03/jbs-to-build-two-meat-processing-plants-in-vietnam>

[https://www.theguardian.com/environment/2020/jul/02/revealed-development-banks-funding-industrial-livestock-farms-around-the-world?CMP=share\\_btn\\_tw](https://www.theguardian.com/environment/2020/jul/02/revealed-development-banks-funding-industrial-livestock-farms-around-the-world?CMP=share_btn_tw)

<https://www.thebureauinvestigates.com/stories/2020-07-02/development-banks-fund-industrial-farms-around-the-world/>

<https://www.animaladvocacyafrica.org/blog/ticking-clock-the-rapid-rise-of-farmed-animals-in-africa>

<https://www.lapa.africa/our-programs/ecosync/>

<https://www.thepoultrysite.com/news/2025/03/brazil-secures-access-to-malaysian-market-for-halal-poultry-exports>

[3]<https://www.iatp.org/emissions-impossible-methane-edition>

<https://www.iatp.org/emissions-europes-20-biggest-meat-and-dairy-corporations-outstrip-netherlands>

[https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch\\_super-emittenten\\_in\\_der\\_fleisch-\\_und\\_milchwirtschaft\\_0.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_super-emittenten_in_der_fleisch-_und_milchwirtschaft_0.pdf)

<https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/a06a30d3-6e9d-4e9c-b4b7-29a6cc307208/content>

<https://www.fairr.org/tools/protein-producer-index>

<https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/reichsten-bauern-deutschland-ueberhaupt-keine-bauern-614805>

<https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/studie-investoren-veraendern-agrarstrukturen-laendliche-raeume-577684>

<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/jbs-report-profiting-from-cruelty-killing-our-world/>

[4] <https://www.umweltbundesamt.de/themen/landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/lachgas-methan>

[5] <https://www.agrarexportfoerderung.de/>

<https://www.ble.de/DE/Themen/Marktorganisation/Exportfoerderung/exportfoerderung- node.html>

<https://www.gtai.de/de/trade/branchen/agrar-nahrungsmittelindustrie/agrarwirtschaft>

<https://www.gtai.de/de/trade/branchen/agrar-nahrungsmittelindustrie/nahrungsmittelindustrie>

[6] <https://www.theguardian.com/global-development/2020/aug/14/chinas-billion-dollar-pig-plan-met-with-loathing-by-argentinians>

<https://sentientmedia.org/in-vietnam-the-call-for-factory-farm-divestment-grows-louder/>

[https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch\\_super-emittenten\\_in\\_der\\_fleisch-und\\_milchwirtschaft\\_0.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_super-emittenten_in_der_fleisch-und_milchwirtschaft_0.pdf)

<https://www.greenpeace.org/international/press-release/70057/meat-dairy-giants-methane-emissions-big-oils-slow-down-global-heating/>

<https://www.boell.de/de/2025/01/08/wasser-fuer-tiere-es-geht-um-die-wurst>

<https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/landwirtschaft-abkehr-von-exportstrategie-notwendig/>

[https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche\\_zu\\_Emissionen\\_der\\_Fleischfabriken\\_der\\_Supermaerkte.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_zu_Emissionen_der_Fleischfabriken_der_Supermaerkte.pdf)

<https://www.desmog.com/2025/08/06/revealed-how-the-meat-industry-uses-environmental-groups-to-make-beef-seem-climate-friendly/>

<https://www.scotsman.com/news/opinion/columnists/how-record-breaking-extreme-weather-is-killing-millions-of-farm-animals-and-driving-up-food-prices-5261301>

[7] <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/zoonoses>

<https://wfa.org/hlpf-2025/>

[8] <https://investigations.thehumaneleague.org/realcostofeqqs/>

<https://www.farmtransparency.org/>

<https://animainternational.org/resources/investigations>

<https://weanimals.org/project/the-lives-of-chickens-inside-thailands-factory-farms/>

<https://www.youtube.com/@AnimaNaturalis/videos>

<https://megafarms-europe.netlify.app/index.html>

<https://animalequality.in/campaign/india-deadly-dairy/>

<https://www.peopleforanimalsindia.org/video>

[https://animalequality.org/investigations/?utm\\_source=ae&utm\\_medium=web&utm\\_campaign=investigations&utm\\_id=investigations&utm\\_content=callout#highlight](https://animalequality.org/investigations/?utm_source=ae&utm_medium=web&utm_campaign=investigations&utm_id=investigations&utm_content=callout#highlight)

[https://animalequality.org/all-investigations/?utm\\_source=Investigations&utm\\_medium=CTA&utm\\_campaign=Investigations&utm\\_content=200721](https://animalequality.org/all-investigations/?utm_source=Investigations&utm_medium=CTA&utm_campaign=Investigations&utm_content=200721)

<https://voicesforanimals.ru/en/investigations>

<https://www.animallawfocus.org/farms-and-slaughterhouses-of-chile>

<https://factoryfarmschile.onrender.com/>

<https://www.l214.com/enquetes/videos/>

<https://www.l214.com/enquetes/2023/chevreaux-ldc/>

<https://animaux.l214.com/>

<https://www.youtube.com/@animalrightscenter/videos>

<https://mercyforanimals.org/our-work/undercover-investigations/>

<https://www.reportersforanimals.org/>

<https://tierschutz-skandale.de/>

<https://www.animaljusticeproject.com/campaigns/berryfields-farm>

<https://safe.org.nz/blog-articles/intensive-winter-grazing-harms-much-more-than-our-clean-green-aotearoa/>

<https://safe.org.nz/take-action/end-mud-farming/>

<https://www.youtube.com/@haytaphayvanhaklarfederasy4046/videos>

[https://media.4-paws.org/b/a/a/e/baae6e0fe503d5dc8acca38174ae22f368804462/Four%20Paws%20-%20LiveKinder%20Farm%20Animal%20Report%20\(1\).pdf](https://media.4-paws.org/b/a/a/e/baae6e0fe503d5dc8acca38174ae22f368804462/Four%20Paws%20-%20LiveKinder%20Farm%20Animal%20Report%20(1).pdf)

[9]<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/cop29-a-missed-chance/>

<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/11-emissions-climate-disasters/>

<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/factory-farming-climate-culprit-jbs-tops-emissions-scorecard-shame/>

<https://openknowledge.fao.org/items/bcd70cc0-02ac-4120-bcd4-e6775aa427b2>

<https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/a06a30d3-6e9d-4e9c-b4b7-29a6cc307208/content>

[10]<https://en.fvm.dk/Media/638484294982868221/Danish-Action-Plan-for-Plant-based-Foods.pdf>

<https://plantbasednews.org/culture/politics/denmark-plant-based-initiative/>

[11] [https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-056 Blueprint EU Action Plan for Plant-based Foods.pdf](https://www.beuc.eu/sites/default/files/publications/BEUC-X-2025-056%20Blueprint%20EU%20Action%20Plan%20for%20Plant-based%20Foods.pdf)

[12]<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/daenemark-landwirtschaft-co2-100.html>

[13]<https://www.blw.admin.ch/de/klimastrategie-landwirtschaft-und-ernaehrung-2050>

- [14] <https://www.healthcouncil.nl/documents/advisory-reports/2023/12/13/a-healthy-protein-transition>
- [15] <https://www.agrarheute.com/politik/niederlande-15-milliarden-ausstiegspraemie-fuer-landwirte-606376>
- [16] <https://www.theguardian.com/world/2016/jun/20/chinas-meat-consumption-climate-change>
- [17] <https://www.theplanetarypress.com/2021/03/worlds-first-vegan-hospital-this-hospital-just-became-the-first-in-the-world-to-serve-only-plant-based-food/>
- [18] <https://plantbasedtreaty.org/cities/>
- [19] <https://gfi.org/resource/alternative-protein-company-database/>  
<https://iffco.com/news/iffco-inaugurates-the-first-100-plant-based-meat-factory-in-the-middle-east/>  
<https://www.middleeastvegansociety.org/blog/plant-based-eating-in-the-uae-addressing-food-security-and-sustainability>  
<https://www.middleeastvegansociety.org/blog/the-rise-of-plant-based-foods-in-the-middle-east-a-growing-market-and-local-innovations>
- [20] <https://www.vier-pfoten.de/unseregeschichten/presse/mai-2024/vier-pfoten-australien-und-grossbritannien-zeigen-einen-weg-ohne-lebendtierexporte-das-muss-ein-signalschuss-fuer-die-eu-sein>
- [21] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1184901/umfrage/verlust-der-globalen-regenwaldflaeche/>
- [22] <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-erde/amazonas-regenwald>  
<https://greenpeace.at/hintergrund/Amazonas-bedrohte-tiere>
- [23] <https://www.survivalinternational.de/indigene/brasiliens>
- [24] <https://www.regenwald.org/news/11680/amazonasgipfel-in-brasilien-indigene-beklagen-gewalt>
- [25] <https://www.sinergiaanimalinternational.org/blog/categories/divestment>  
<https://www.sinergiaanimalinternational.org/divestment-campaign>  
<https://www.commondreams.org/views/2021/10/20/banks-worldwide-must-end-funding-factory-farms-halt-climate-damage>  
<https://stopfinancingfactoryfarming.com/>  
<https://www.iatp.org/blog/202007/public-money-plunder-planet-development-banks-fund-big-meat-and-dairy>  
<https://www.fao.org/investment-centre>
- [26] <https://www.eurogroupforanimals.org/what-we-do/policy-areas/trade>  
<https://www.worldanimalprotection.org/latest/press-releases/eu-mercosur-deal/>
- [27] <https://www.mpil.de/files/pdf6/global-animal-law-what-it-is-and-why-we-need-it.pdf>  
<https://verfassungsblog.de/the-heidelberg-declaration-on-transforming-global-meat-governance/>  
<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00471178231193299>  
<https://worldanimaljustice.org/>
- [28] <https://www.taylorfrancis.com/books/mono/10.4324/9781003273783/global-animal-law-margins-yan-offor>

<https://doi.org/10.1093/ajcl/avae018>

[29]<https://ciwf.end.it/sign/>

<https://grain.org/en/article/5976-emissions-impossible-how-big-meat-and-dairy-are-heating-up-the-planet>

<https://www.iatp.org/mandatory-climate-disclosure-meat-and-dairy-giants>

<https://www.iatp.org/emissions-impossible>

<https://www.iatp.org/lowering-livestock-emissions>

[https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch\\_super-emittenten\\_in\\_der\\_fleisch-\\_und\\_milchwirtschaft\\_0.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_super-emittenten_in_der_fleisch-_und_milchwirtschaft_0.pdf)

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/stickstoffeintrag-aus-der-landwirtschaft#weitere-massnahmen-zur-verringering-der-uberschusse>

[30]<https://www.fian.org/files/files/CorporateCaptureoftheFAO-EN.pdf>

<https://www.sei.org/publications/faos-1-5c-roadmap-food-falls-short/>

V-02 Keine Erstattung homöopathischer Leistungen durch gesetzliche Krankenkassen – für eine evidenzbasierte Gesundheitspolitik!

Gremium: KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg  
Beschlussdatum: 05.07.2025  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Eingereicht (geprüft, unveröffentlicht)

## Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konsequent evidenzbasierte  
2 Ausrichtung der gesetzlichen Krankenversicherung ein. Leistungen der  
3 Solidargemeinschaft sollen sich am nachweisbaren medizinischen Nutzen  
4 orientieren und dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung gerecht, effizient und  
5 zukunftsfest zu gestalten.
- 6 Daher fordern wir:
- 7 1. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen homöopathische Behandlungen und  
8 Präparate künftig nicht mehr erstatten. Die Solidargemeinschaft soll nicht  
9 für Therapien aufkommen, deren Wirksamkeit über den Placeboeffekt hinaus  
10 wissenschaftlich nicht belegt ist. Die durch Kostenerstattung suggerierte  
11 Wirksamkeit von homöopathischen Mitteln und Irreführung von Patient:innen  
12 muss beendet werden.
  - 13 2. Eine klare Trennung zwischen Homöopathie und Phytotherapie. Während für  
14 pflanzliche Arzneimittel vielfach Evidenz für die Wirksamkeit vorliegt,  
15 fehlt diese für homöopathische und anthroposophische Präparate weitgehend.  
16 Der bislang geltende Binnenkonsens muss überarbeitet werden.
  - 17 3. Die freiwerdenden Ressourcen gezielt in folgende Bereiche zu investieren:
    - 18 ◦ Wissenschaftsbasierte Gesundheitsförderung, die nachweislich zur  
19 Verbesserung der Gesundheit der Gesellschaft beiträgt
    - 20 ◦ Bedarfsorientierte und evidenzgeleitete Versorgungssteuerung, um  
21 Über-, Unter- und Fehlversorgung zu vermeiden
    - 22 ◦ Stärkung der Gesundheitsberufe, die angesichts von Fachkräftemangel  
23 und wachsender Aufgaben erheblich unter Druck stehen
    - 24 ◦ Förderung von Präventionsansätzen, die den Zusammenhang zwischen  
25 Umwelt, Klima und Gesundheit berücksichtigen und gezielt  
26 entsprechende Schutzmaßnahmen ermöglichen
- 27 Unser Ziel ist es, die Mittel der gesetzlichen Krankenversicherung so  
28 einzusetzen, dass sie den größtmöglichen gesundheitlichen Nutzen für alle  
29 Versicherten bringen. Gleichzeitig respektieren wir die Patient\*innenautonomie:  
30 Wer alternative Methoden wie Homöopathie nutzen möchte, kann dies weiterhin  
31 privat tun. Die Mittel der GKVen jedoch müssen evidenzbasiert und solidarisch  
32 verwendet werden.

## Begründung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) beruht auf dem Prinzip der Solidarität. Damit alle Versicherten bestmöglich versorgt werden können, ist es notwendig, die knappen Mittel dort einzusetzen, wo sie den größten gesundheitlichen Nutzen entfalten. Voraussetzung dafür ist eine klare Orientierung an wissenschaftlichen Erkenntnissen. Leistungen der GKV sollten deshalb grundsätzlich evidenzbasiert sein. Therapien, deren Wirksamkeit nicht belegt ist, dürfen nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Für homöopathische Behandlungen und Präparate konnte bislang keine belastbare Evidenz für eine über den Placeboeffekt hinausgehende Wirksamkeit nachgewiesen werden.

Zahlreiche nationale und internationale wissenschaftliche Studien und Übersichtsarbeiten belegen dies. Auch Fachgremien wie das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), der gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), die Bundesärztekammer sowie der europäische Wissenschaftsrat EASAC kommen zu dem Schluss, dass Homöopathie keine spezifische therapeutische Wirksamkeit besitzt. Dennoch übernehmen Krankenkassen im Rahmen von Zusatzleistungen teilweise noch die Kosten für homöopathische Behandlungen. Dies ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht dem Ziel einer auf nachweisbare Wirksamkeit gestützten Versorgung. Viele Länder (z. B. Großbritannien, Australien, Frankreich) haben die Erstattung homöopathischer Mittel bereits eingeschränkt, beendet oder planen dies, mit Verweis auf mangelnde Evidenz.

Die oft geäußerte Argumentation, die Kosten homöopathischer Leistungen seien marginal, greift zu kurz. Es geht nicht nur um finanzielle Ressourcen, sondern um die Vorbildfunktion der GKV. Wenn sie Leistungen erstattet, die wissenschaftlich nicht belegt sind, sendet sie ein falsches Signal an Patient\*innen. Statt Orientierung zu geben, fördert sie damit die Illusion einer gleichwertigen Alternative zu evidenzbasierten Therapien. Gerade bei ernsten Erkrankungen kann dies zu einer Verzögerung wirksamer Behandlungen führen und damit Patientensicherheit gefährden.

Wichtig ist dabei die Unterscheidung zwischen Homöopathie und Phytotherapie. Während homöopathische Mittel meist keine nachweisbaren Wirkstoffmengen mehr enthalten, handelt es sich bei Phytopharmaka um pflanzliche Arzneimittel mit pharmakologisch aktiven Substanzen. Für viele dieser Präparate liegt eine klinische Evidenz vor, die ihre Wirksamkeit bei bestimmten Indikationen belegt. Phytotherapie ist daher ein anerkannter Bestandteil der evidenzbasierten Medizin. Homöopathie und Phytotherapie werden im Alltag jedoch oft vermischt wahrgenommen. Umso wichtiger ist es, die wissenschaftlich begründete Phytotherapie zu stärken und klar von der Homöopathie abzugrenzen.

Es ist irreführend und widerspricht dem Ziel einer gesundheitlich aufgeklärten Gesellschaft, dass die Kassenerstattung von homöopathischen Mitteln vielen Menschen suggeriert, dass Homöopathie eine wissenschaftlich anerkannte und wirksame Therapie sei, was sie nicht ist. Bündnis 90/Die Grünen wollen in allen Themenfeldern wissenschaftliche Fakten als Maßstab an Politik anlegen. Es hat sich, nicht zuletzt während der Corona-Pandemie, gezeigt, wie wichtig eine gesundheitlich aufgeklärte Gesellschaft ist und wie schwerwiegend die Konsequenzen sein können, wenn Menschen wissenschaftlich unhaltbaren Behauptungen folgen.

Die freiwerdenden Mittel sollen nicht einfach eingespart, sondern gezielt in wirksame Bereiche reinvestiert werden. Hierzu zählen die im Antrag genannten Felder der Gesundheitsversorgung.

Es bleibt selbstverständlich möglich, Homöopathie privat zu nutzen. Wer von homöopathischen Behandlungen überzeugt ist, kann diese weiterhin selbst bezahlen. Die Finanzierung aus Solidarmitteln jedoch ist nicht gerechtfertigt. Die Solidargemeinschaft sollte nur dort leisten, wo der Nutzen für alle wissenschaftlich belegt ist.

vgl.

<https://www.helmholtz.de/newsroom/artikel/wirkt-homoeopathie-wirklich>

<https://www.helmholtz.de/newsroom/artikel/wirkt-homoeopathie-wirklich>

<https://www.zdf.de/video/talk/13-fragen-102/homoeopathie-krankenkassen-100>

<https://www.dphg.de/artikel/dphg-statement-homopathische-arzneien-sind-auch-keine->

<https://www.bundesaerztekammer.de/presse/aktuelles/detail/danke-mainz-auf-wiedersehen-in->

<https://www.br.de/nachrichten/wissen/homoeopathie-globuli-wirkung-krankheit-nicht-mehr-als->

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/daz-az/2016/daz-23-2016/phytopharmaka-beliebt->

<https://www.gesundheitsinformation.de/glossar/homoeopathie.html>

<https://www.quarks.de/gesundheit/medizin/homoeopathie-wissenschaftlich-nicht->